

Am Ende des Grundstudiums drohen Entlassungen GdP bietet Beratung und Unterstützung

Nach GdP-Informationen drohen für eine ganze Reihe von Studentinnen und Studenten an der FHVD Altenholz zum Ende des Grundstudiums aktuell Entlassungsverfahren.

Nachdem die Möglichkeiten der Ausbildungs- und Prüfungsordnung ausgereizt scheinen und offensichtlich auch Nachprüfungen nicht helfen konnten, könnte sich der dringend benötigte Nachwuchs für die Landespolizei erheblich reduzieren. Nach einer erfolgreichen Bewerbung in die Landespolizei ginge der Traumberuf plötzlich verloren.

Noch Mitte Mai 2020 hat die GdP im ersten Gespräch die neue Innenministerin, Sabine Sütterlin-Waack, mitten in der Coronakrise auf mögliche negative Folgen für Studentinnen und Studenten sowie Auszubildende der Landespolizei deutlich hingewiesen.

- Die Gewöhnung an ein „Fernstudium“ gelingt Ungeübten unterschiedlich schnell
- Die erforderliche Hardware stand /steht nicht jedem Schüler zur Verfügung (kein PC – nur Smartphone); teilweise Einschränkungen durch begrenztes Datenvolumen
- Die erforderliche Netzanbindung ist / war nicht vorhanden
- Ein geeignetes Arbeitszimmer steht vielen nicht zur Verfügung. Kleine eigene Wohnung, Partner, teilweise Kinder die der Betreuung bedürfen, Kinderzimmer in der elterlichen Wohnung und ähnliche Umstände erschweren das Lernen zum Teil erheblich
- Sorge um erkrankte Familienangehörige im Einzelfall, aber auch Beeinträchtigung durch Veränderung der allgemeinen Lebenssituation, wie sie uns alle trifft, erschweren die Gesamtsituation zusätzlich.

Die GdP schilderte in dem Gespräch eine noch nie da gewesenen Ausnahmesituation und erhebliche Schwierigkeiten beim digitalen Studieren oder Lernen. Wir regten an, die finale Konsequenz nicht erbrachter Leistung, nämlich die Entlassung aus dem Landesdienst, zeitlich befristet zu suspendieren bzw. adäquate andere Lösungen zu prüfen. Wir machten gleichzeitig aber auch deutlich, dass selbstverständlich für den Polizeibereich ein notwendiger Leistungsstand erforderlich sei!

Torsten Jäger, Landesvorsitzender der GdP: „Die jetzige Entwicklung möglicherweise vieler geplanter Entlassungen überrascht uns daher sehr! Selbstverständlich bieten wir unseren Mitgliedern eine umfassende Beratung und Unterstützung an. Die Geschäftsstelle der GdP in Schleswig-Holstein nimmt unter der Tel.: 0431 - 17091 eure Hilfeersuchen auf!“